

Starkes Bayern – starkes Europa Zukunft der EU – Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten

Freitag, 21. September 2018 um 15:30 Uhr

hbw Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

EU – wettbewerbsfähig und schlank

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

herzlich willkommen im Haus der Bayerischen
Wirtschaft – zu unserem inzwischen bereits
vierten Kongress „Starkes Bayern – starkes
Europa“!

Auch diesmal sind wieder viele hochkarätige
Gäste bei uns, mit denen wir über die
wirtschaftlichen und politischen Perspektiven der
EU diskutieren wollen.

Zunächst danke ich unseren Freunden aus den
Nachbarländern für Ihr Kommen.

Es ist gut, dass wir uns regelmäßig über Zustand
und Zukunft der EU austauschen.

Besonders freue ich mich, den bayerischen
Staatsminister für Digitales, Medien und Europa
Georg Eisenreich zu begrüßen.

Lieber Georg, schön, dass Du bei uns bist!

Ebenso freue ich mich über

- die Parlamentarische Geschäftsführerin der
CSU-Gruppe in Brüssel Monika Hohlmeier
und

- den Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln Professor Michael Hüther.

Schließlich danke ich Dr. Marc Beise von der Süddeutschen Zeitung, der heute die Moderation übernimmt.

Meine Damen und Herren,

im globalen Wettstreit der Supermächte brauchen wir ein geeintes und schlagkräftiges Europa.

- Der Handelsstreit mit den USA zeigt deutlich, dass Europa nur mit einer Stimme die notwendige Verhandlungsmacht entfalten kann.
- Auch die Brexit-Verhandlungen erfordern eine geschlossene EU, die sich ihrer Werte und Ziele bewusst ist.
- Gleichzeitig zeigen Wahlerfolge von Populisten, dass in vielen Ländern der EU das Vertrauen in die politische Führung schwindet.

Der Populismus ist ohne Zweifel eine der größten Herausforderungen für Europa.

In Meseberg ist ein französisch-deutsches Reformpaket entstanden, das viele Vorschläge zur Weiterentwicklung der EU enthält.

Einige Vorschläge gehen in die richtige Richtung, bei anderen sehen wir Diskussionsbedarf.

Aber die Stoßrichtung ist richtig: Wir brauchen ein starkes Europa, das für die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte gewappnet ist.

Ein zentraler Aspekt dabei ist das richtige Maß zwischen Solidarität und Eigenverantwortung der einzelnen Mitgliedsstaaten.

Darüber wollen wir heute sprechen!

Meine Damen und Herren,

ein starkes Europa erreichen wir nur dann, wenn es wettbewerbsfähig und schlank ist.

Zwar gibt es Bereiche, in denen mehr Europa sinnvoll ist, vor allem in der Handels-, Asyl-, Außen- und Sicherheitspolitik.

Das zeigen auch die Reformvorschläge von Meseberg.

Dort aber, wo der Ruf nach mehr Europa

- auf mehr Staat,
- mehr Bürokratie und
- mehr Transfers

hinausläuft, werden wir Europa nicht stärker, sondern schwächer machen!

Das Grundproblem der EU ist, dass zu viele Mitgliedstaaten an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt haben

Die Folge ist eine hohe Arbeitslosigkeit in diesen Ländern – besonders von jungen Menschen.

Diese strukturellen Probleme müssen über eine konsequente Reform- und Wachstumspolitik gelöst werden.

Die Verantwortung dafür liegt aber bei jedem Staat selbst.

Die Weiterentwicklung des Binnenmarkts muss im Fokus der Reformbestrebungen der EU stehen.

Das Beispiel Bayern zeigt, wie wichtig der Europäische Binnenmarkt ist:

56 Prozent der bayerischen Exporte gehen in die EU.

Umgekehrt brauchen die bayerischen Unternehmen Vorleistungen aus dem europäischen Ausland.

Entscheidend ist jetzt, dass der digitale Binnenmarkt möglichst schnell vollendet wird.

Nur so können wir das Wachstumspotenzial der Digitalwirtschaft optimal nutzen.

Die Digitalisierung ist der Motor für Innovationen und für künftiges Wachstum.

Ein wichtiger Baustein ist auch eine starke Industrie.

Wir begrüßen den wiedergewonnenen Stellenwert der Industrie in der europäischen Politik.

Ziel der Europäischen Kommission ist es, den industriellen Wertschöpfungsanteil von 16 auf 20 Prozent bis zum Jahr 2020 zu erhöhen.

Das ist aber nur möglich, wenn die Auswirkungen aller Politikbereiche auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie geprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Eine Schwächung der deutschen Industrie kann jedenfalls nicht im Interesse Europas liegen.

Die Debatte über den deutschen Handelsüberschuss ist völlig absurd.

Die anderen Länder in der EU profitieren vom Erfolg Deutschlands – einfach deswegen, weil eine starke deutsche Wirtschaft mehr aus anderen EU-Ländern importiert.

Wirtschaft ist kein Nullsummenspiel, bei dem der Gewinn des einen den Verlust des anderen bedeutet.

In einer wissenschaftlichen Studie haben wir Anfang des Jahres aufgezeigt, dass allein die Nachfrage der deutschen Industrie nach Vorleistungen und Investitionsgütern 3,4 Millionen Jobs in den EU-Ländern sichert.

Ein zentraler Hebel für unsere Wettbewerbsfähigkeit ist auch die europäische Finanz -und Steuerpolitik.

Sie muss stärker auf Wachstum ausgerichtet sein!

Parallel dazu muss in jedem Mitgliedstaat eine Haushaltskonsolidierung erfolgen.

Ausgaben müssen investiv ausgerichtet sein.

Ein wichtiges Ziel muss es außerdem sein, die Regeln der Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer zu harmonisieren.

Eine europäische Sondersteuer auf digitale Geschäftsmodelle lehnen wir ab.

Sie würde den Aufbau europäischer digitaler Plattformen behindern.

Das ist der völlig falsche Weg!

Mit Blick auf die internationale Konkurrenz in den USA und in Asien wäre eine solche Zusatzbelastung fatal.

Hier muss eine Lösung auf OECD-Ebene gefunden werden.

Nicht nur zu viel Steuern, sondern auch zu viel Bürokratie schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen und deutschen Unternehmen.

Umgekehrt wirken Vermeidung und Abbau überflüssiger Bürokratie wie ein kostenloses Konjunkturprogramm.

EU-Vorgaben dürfen durch die nationalen Gesetzgeber nicht verschärft werden.

Als Grundsatz muss gelten: Umsetzung 1:1.

Der geplante Ausbau der EU-Sozialpolitik verstößt in eklatanter Weise gegen das Subsidiaritätsprinzip.

Die Subsidiarität ist ein elementarer rechtstaatlicher Grundsatz, an dem nicht gerüttelt werden darf.

Der EU ist es nur dann erlaubt tätig zu werden, wenn sie in der Lage ist, effizienter zu handeln als die einzelnen Mitgliedstaaten.

Das gilt besonders in der Sozialpolitik.

Historisch gewachsene, höchst unterschiedliche Sozialsysteme mit einer Vielzahl von einzelstaatlichen Regelungen, z. B. in den Tarifverträgen, können und dürfen nicht über einen Kamm geschert werden.

Deshalb darf die Qualifizierte Mehrheit hier keine Anwendung finden, wie jüngst von Kommissionspräsident Juncker vorgeschlagen.

In diesem Punkt geben wir Juncker ausdrücklich nicht recht!

Schon heute ist es so, dass trotz der eingeschränkten Kompetenzen der EU mehr als 70 Richtlinien und Verordnungen existieren, die Sozial- und Beschäftigungsstandards festlegen.

Für die Unternehmen folgen aus den hohen Sozialstandards in der EU bereits heute Wettbewerbsnachteile auf den internationalen Märkten.

Hier darf nicht noch weiter draufgesattelt werden.

Klar ist für uns auch: Ein starkes Europa kann nicht „mehr Umverteilung“ bedeuten!

Die Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus darf nicht in einer Transferunion enden.

Auch bei der Bankenunion darf es keine Trennung von Risiko und Haftung geben.

Jeder Mitgliedstaat ist selbst für die Risiken verantwortlich, die in seinen Banken liegen.

Solidarität darf nicht auf Kosten der Solidität gehen.

Meine Damen und Herren,

die bayerische Wirtschaft steht klar für Europa.

Die Werte der EU – Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – sind die Grundlagen für eine dauerhaft prosperierende Wirtschaft.

Damit dürfen wir nicht leichtfertig umgehen!

Wir müssen jetzt mit Augenmaß und klaren Zielen die Weichen für eine starke EU stellen.

Vielen Dank!